



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

**DFG**

## **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

**Verhandlungen zwischen dem Senat und der  
Bürgerschaft / Senat der Freien Hansestadt Bremen ;  
Bürgerschaft Bremen  
1918**

11.02.1918 - Mitteilung des Senats

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

# Mitteilung des Senats

vom 11. Februar 1918.

## Inhaltsverzeichnis.

### Budget für das Rechnungsjahr 1918.

Anlage 1.	Bericht der Finanzdeputation .....	8.	100.
"	2. Bericht der Deputation für das Gesundheitswesen .....	"	104.
"	3. Bericht der Senatskommission für Zollangelegenheiten .....	"	107.
"	4. Bericht der Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung .....	"	112.
"	5. Bericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau .....	"	113.
"	6. Bericht der Deputation für die Stadterweiterung .....	"	118.
"	7. Bericht der Deputation für Häfen und Eisenbahnen .....	"	119.
"	8. Bericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau, betreffend Außerordentliche Ausgaben .....	"	126.

### Budget für das Rechnungsjahr 1918.

Der Senat teilt der Bürgerschaft die von der Finanzdeputation eingereichte Budgetvorlage für das mit dem 1. April d. J. beginnende Rechnungsjahr mit den Begleitberichten

- 1) der Finanzdeputation,
- 2) der Deputation für das Gesundheitswesen,
- 3) der Senatskommission für Zollangelegenheiten,
- 4) der Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung,
- 5) der Baudeputation, Abteilung Straßenbau,
- 6) der Deputation für die Stadterweiterung,
- 7) der Deputation für Häfen und Eisenbahnen,
- 8) der Baudeputation, Abteilung Hochbau, betreffend Außerordentliche Ausgaben,

unter Vorbehalt seiner Erklärung zur Beschlussfassung mit dem Bemerken hierneben mit, daß der Senat wegen der Deckung des Fehlbetrages die Steuerdeputation mit einem Bericht beauftragt hat.

Anlage 1.

## Bericht der Finanzdeputation.

In ihrem vorjährigen Begleitbericht konnte die Finanzdeputation es als ein günstiges Zeichen hervorheben, daß die Finanzlage sich nach dem Voranschlag für 1917 im Vergleich mit dem Voranschlag für 1916 nicht verschlechtert habe. Leider kann dasselbe von dem Voranschlag für 1918 nicht gesagt werden. Der Fehlbetrag, der sich im vorigen Jahre auf 6 073 341 *M* belief, ist diesmal auf 7 314 925 *M* angewachsen. In Wirklichkeit ist die Verschlechterung der Finanzlage sogar noch größer, als sich aus diesen Zahlen ergibt. Denn der Ertrag der Vermögenssteuer, der auf Grund des inzwischen erlassenen Vermögenssteuergesetzes in den Voranschlag für 1918 mit 1 200 000 *M* eingestellt werden konnte, ist in dem Voranschlag für 1917 noch nicht enthalten. Wäre er darin enthalten gewesen, so hätte sich der Fehlbetrag des vorigen Jahres auf 4 873 341 *M* vermindert, der Unterschied zwischen den anschlagsmäßigen Fehlbeträgen der beiden Vergleichsjahre sich also von 1 241 584 *M* auf 2 441 584 *M* erhöht.

Der Grund für diese beträchtliche Verschlechterung der Finanzlage liegt nicht in einem Rückgang der Einnahmen. Die ordentlichen Einnahmen sind, wenn der Ertrag der Vermögenssteuer ausgeschaltet wird, gegen den Voranschlag für 1917 um 1 549 477 *M*, die Gesamteinnahmen um 1 543 599 *M* gewachsen. Dagegen beträgt die Zunahme der ordentlichen Ausgaben 4 009 313 *M*, der Gesamtausgaben 4 045 183 *M*. Hiervon entfallen auf den Zinsen-Mehrbedarf 2 345 000 *M*. Im übrigen findet der Mehrbedarf seine Erklärung in den größeren Aufwendungen für Arbeitslöhne und Hilfskräfte, sowie in der allgemeinen Preissteigerung, die sich bei dem Bureaubedarf und bei den Speisungskosten der Krankenanstalten und der Gefängnisse besonders fühlbar macht.

Zur Deckung des Fehlbetrages wird zunächst auf die auch im vorigen Jahre erhobenen Zuschläge zur Einkommensteuer zurückgegriffen werden müssen. Der Ertrag ist auf rund 5 000 000 *M* zu veranschlagen. Er bleibt also hinter dem zu deckenden Bedarf um 2 314 000 *M* zurück. Die Rechnungsabschlüsse der früheren Kriegsjahre haben bewiesen, daß die Vorschätzung sowohl bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben auf sehr unsicherer Grundlage beruht und daß der anschlagsmäßige Fehlbetrag sich beim Abschluß der Jahresrechnung in einen Überschuß zu verwandeln pflegt. Voraussichtlich wird auch der Voranschlag für 1918 zu demselben Ergebnis führen. Es wäre deshalb an sich gerechtfertigt, den verbleibenden Rest des Fehlbetrages auf die Überschüsse früherer Jahre anzuweisen, wenn nicht die im ordentlichen Haushalt nicht erscheinenden Kriegsausgaben zu einem anderen Verfahren nötigten. Die Kriegsausgaben wachsen von Jahr zu Jahr; sie sind jetzt infolge der Maßregeln zur Verbilligung der Lebensmittel und infolge der Teuerungszulagen an Beamte, Angestellte und Arbeiter derartig angeschwollen, daß schon während des Krieges für ihre Abtragung gesorgt werden muß. Zu diesem Zwecke sind die Überschüsse des laufenden Haushalts unentbehrlich. Die Überschüsse früherer Jahre dürfen deshalb zur Deckung des anschlagsmäßigen Fehlbetrages nicht in Anspruch genommen werden. Vielmehr sind die ordentlichen Staatseinnahmen derart zu erhöhen, daß sie mindestens zur Deckung des anschlagsmäßigen Fehlbetrages ausreichen. Die alsdann mit Sicherheit zu erwartenden Überschüsse werden dazu dienen, die Last der immer mehr anwachsenden Kriegsausgaben zu erleichtern. Die Kriegsausgaben betragen zur Zeit 47 767 000 *M*, von denen nur ein verhältnismäßig kleiner Teil durch wieder eingehende Einnahmen gedeckt werden wird.

## Außerordentliche Einnahmen.

Kap. I. Titl. 1. Bankzinsen. Mit der Aufnahme einer langfristigen Anleihe kann auch im Rechnungsjahr 1918 nicht gerechnet werden; größere Summen zur Belegung werden daher nicht zur Verfügung stehen. An Bankzinsen können demnach nur 50 000 *M*, wie in den beiden Vorjahren, in Anschlag gebracht werden.

Kap. I. Titl. 2. Beiträge für Straßenanlagen. Wie das Spezialbudget Nr. 131 zeigt, kommen für neu anzulegende Straßen mutmaßlich eingehende Beiträge der Anlieger, die dem laufenden Haushalt aus dem Fonds für außerordentliche Verwendungen vorzuschießen wären, nicht in Frage; es sind daher nur die wirklichen Einnahmen in Anschlag gebracht.

Kap. I. Titl. 7. Vorschuß aus dem Kanalbaufonds. Nach der Berechnung am Fuße des Spezialbudgets Nr. 73 werden die Aufwendungen für die Kanalisation die Einnahmen um 250 202 *M* übersteigen. Diese Summe ist nach dem Gesetze vom 8. Juni 1912 dem laufenden Haushalte aus dem Kanalbaufonds vorzuschießen.

Kap. II. Titl. 1. Unterweserkorrektion und Wehranlage, Ausgleich. Die Einnahme an Schiffsabgabe wird auch im Rechnungsjahre 1918 hinter dem im Finanzplan (Gesetzbl. von 1910, S. 361) für das 24. Betriebsjahr veranschlagten Betrag von 1 420 000 *M* bedeutend zurückbleiben. Sie wird nur etwa 150 000 *M* betragen. Zum Ausgleich müssen daher 2 042 400 *M* hier in Einnahme gestellt werden (vergl. Spezialbudget Nr. 19). Im übrigen wird auf den Bericht der Finanzdeputation zum Budget für 1916 Bezug genommen.

Kap. III. Der Bedarf der Staatsbehörden an Wasser übersteigt die unter „Ordentliche Einnahmen“ Kap. II 4 mit 200 000 *M* eingestellte Wassersteuer um 2070 *M*; dieser Betrag muß daher der Spezialreserve entnommen werden.

Die Gesamtsumme der außerordentlichen Einnahmen ist zu 2 641 814 *M* veranschlagt gegen 2 647 692 *M* in der vorläufigen Zusammenstellung des Staatshaushalts für 1917. Im Vergleich zu dem festgestellten Haushaltsplan für 1917 ergeben die außerordentlichen Einnahmen einen Minderertrag von 402 837 *M*, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß in den Staatshaushalt für 1917 zur Deckung des Fehlbetrages aus den Überschüssen früherer Jahre 401 920 *M* nachträglich eingestellt worden sind.

#### Ordentliche Einnahmen.

Kap. I. Von Eigentum und Rechten. Die Gesamtsumme dieses Kapitels ist um rund 320 000 *M* höher veranschlagt als im festgestellten Staatshaushalt für 1917. Die meisten Ansätze weisen nur unwesentliche Veränderungen auf; an größeren Mehreinnahmen konnten eingestellt werden bei Titl. 5 „Häfen und Eisenbahnen“ 22 000 *M*, bei Titl. 9 „Elektrizitätswerk“ 185 000 *M*, bei Titl. 12 „Krankenanstalt“ 56 000 *M*, bei Titl. 14 „Friedhöfe“ 30 000 *M* und bei Titl. 18 „Bremer Straßenbahn“ 170 000 *M*. Dagegen mußten die Voranschläge herabgesetzt werden bei Titl. 8 „Wasserwerk“ um 52 000 *M* und bei Titl. 13 „St. Jürgen Asyl Ellen“ um 80 000 *M*.

Die der Staatskasse zufließenden Darlehnszinsen waren bisher nach den Schuldnern in verschiedene Titel auseinandergezogen (Titl. 19 bis 30). Um die Buchungen der Generalkasse zu vereinfachen, sind sie jetzt in einem Titel — Titl. 18 — und dem dazu gehörigen Spezialbudget Nr. 18 zusammengefaßt. Die Einzelerträge sind annähernd dieselben wie im Rechnungsjahr 1917.

Kap. II. Direkte Steuern. Zu Titl. 6 „Einkommensteuer“. Die Einkommensteuer des Rechnungsjahres 1917 wird den Voranschlag nicht unwesentlich überschreiten; es erscheint daher gerechtfertigt, den Voranschlag für 1918 gegen das Vorjahr um 1 Million Mark zu erhöhen. Eine noch stärkere Erhöhung ist nicht ratsam, weil das kaufmännische Einkommen des Geschäftsjahres 1917 hinter dem Einkommen der Vorjahre nicht unerheblich zurückbleiben und der voraussichtlich höhere Ertrag des nicht kaufmännischen Einkommens diesen Ausfall nicht ausgleichen wird. Mindererträge gegen das Vorjahr werden wahrscheinlich ergeben: Titl. 1 „Gebäudesteuer“ 20 000 *M*, Titl. 3 „Erleuchtungssteuer“ 100 000 *M*, Titl. 4 „Wassersteuer“ 10 000 *M*, Titl. 5 a „Kanalsteuer“ 25 000 *M*, Titl. 5 c „Kanalabgabe für Industrieabwässer“ 9000 *M*. Bei Titel 8 ist der Ertrag der Armensteuer um 100 000 *M* niedriger veranschlagt als im vorigen Jahre, weil der zu deckende

Bedarf der Armenpflege um diesen Betrag zurückgegangen ist. Bei Titl. 5 b „Kanalabgabe“ konnten 5000 *M* mehr eingestellt werden.

Die Gesamtsumme dieses Kapitels ist um 3 259 000 *M* niedriger als im festgestellten Haushaltsplan für 1917, weil die Zuschläge nach dem Gesetz vom 9. Mai 1917 nicht wieder eingestellt werden konnten. Nach Abzug dieses, im vorigen Jahre mit 4 000 000 *M* eingestellten Postens ergibt die Gesamtsumme des Kapitels eine Mehreinnahme von 741 000 *M*.

Kap. III. Indirekte Steuern. Die ungünstige Einwirkung des Krieges macht sich bei den indirekten Steuern weiter bemerkbar, so daß keine Aussicht besteht, die Erträge früherer Jahre wieder zu erreichen. An Mindererträgen gegen 1917 werden sich voraussichtlich ergeben bei Titl. 1 „Biersteuer“ 40 000 *M*, bei Titl. 2 „Güteranmeldungen“ 10 000 *M*, bei Titl. 9 „Pferde“ 5 000 *M* und bei Titl. 10 „Hunde“ 10 000 *M*. Dagegen werden Titl. 4 „Grundstückveräußerungen“ vielleicht 200 000 *M* und Titl. 12 „Stempelabgaben“ wahrscheinlich 5000 *M* mehr ergeben.

Kap. IV. Gebühren, Geldstrafen. Die Einnahme dieses Kapitels beträgt 898 760 *M* gegen 882 970 *M* im festgestellten Haushaltsplan für 1917, mithin rund 16 000 *M* mehr. In runden Summen sind bei Titl. 3 „Gesundheitswesen“ 25 000 *M* weniger, bei Titl. 8 „Katasteramt“ 6000 *M*, bei Titl. 9 „Generalsteueramt“ 4000 *M* und bei Titl. 12 „Gerichtskanzleien“ 31 000 *M* mehr eingestellt worden.

Kap. V. Vermischte Einnahmen. Während der Voranschlag für Titl. 10 „Zollverwaltung“ um rund 263 000 *M* höher eingesetzt werden konnte, weisen verschiedene Titel eine Mindereinnahme auf und zwar Titl. 2 „Schulgeld“ 12 000 *M*, Titl. 3 „Strafanstalt usw.“ 27 000 *M*, Titl. 5 „Lotteriepacht“ 2 000 *M* und Titl. 6 „Eichamt“ 7 000 *M*, so daß die Gesamtsumme dieses Kapitels um rund 218 000 *M* höher eingesetzt werden mußte als für 1917. Der Titl. 15 „Öffentlicher Arbeitsnachweis“ erscheint im Voranschlag zum ersten Mal, in das Budget für 1917 ist er nachträglich eingestellt worden (Verhdlg. 1917 S. 391, 544).

Die Gesamtsumme der Ordentlichen Einnahmen beträgt 45 728 679 *M* gegen 48 292 902 *M* im festgestellten Budget für 1917, mithin 2 564 223 *M* weniger. Die Mindereinnahme ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Zuschläge zur Einkommensteuer für 1917 mit 4 000 000 *M* nicht wieder eingestellt sind. Läßt man diesen Posten für das Budget 1917 außer Betracht, so ergeben die Ordentlichen Einnahmen gegen das Vorjahr einen Mehrertrag von 1 435 777 *M*.

#### Ordentliche Ausgaben.

Kap. I. Senat und Bürgerchaft. Die Ausgaben betragen etwa 91 000 *M* mehr als im Vorjahre. Im einzelnen ergeben sich bei Titl. 2 „Regierungskanzlei“ und bei Titl. 4 „Rathaus“ Mehrausgaben von 69 000 und 25 000 *M*, dagegen bei Titl. 1 eine Minderausgabe von 5000 *M*. Zu Titl. 3 „Archiv“ ist zu bemerken, daß im Spezialbudget Nr. 43 der Ausgabenansatz zu II 3 „Vermischtes“ um 350 *M* erhöht worden ist, weil die Telephongebühr durch Einrichtung einer fog. Reihenschaltung und durch Übernahme der Unterhaltungskosten um 164 *M*, die Bezugspreise für Zeitungen um 100 *M* und die Anschaffungskosten für auf den Krieg bezügliche Werke um 100 *M* erhöht werden mußte.

Kap. II. Rechtspflege. Die Ausgaben sind um rund 266 000 *M* gewachsen. Bei Titl. 1 „Oberlandesgericht“ sind gegen 1917 5000 *M* weniger eingestellt, dagegen haben sich die Voranschläge für fast alle übrigen Titel erhöht, und zwar bei Titl. 2 „Landgericht“ um 39 000 *M*, bei Titl. 3 „Amtsgericht Bremen“ um 126 000 *M*, bei Titl. 5 „Gerichtskasse“ um 7000 *M*, bei Titl. 6 „Amtsgericht Bremerhaven“ um 23 000 *M*, bei Titl. 8 „Staatsanwaltschaft“ um 12 000 *M*, bei Titl. 10 „Strafanstalt“ um 46 000 *M*, bei Titl. 11 „Untersuchungsgefängnis“ um 8000 *M* und bei Titl. 12 „Gerichtshaus“ um 11 000 *M*. Im einzelnen ist zu bemerken zu Titl. 8 „Staatsanwaltschaft“ Spezialbudget

Nr. 53, daß der Ausgabenansatz „Vertretung der Staatsanwälte“ um 700 M, der Ausgabenansatz „Außerordentliche Schreibhilfe“ für 5 unbefetzte Schreiberstellen, deren Inhaber zum Heeresdienst eingezogen sind, um 6000 M erhöht worden sind.

Zu Titl. 56 „Untersuchungsgefängnis“ (Spezialbudget Nr. 56) ist der Ausgabenansatz zu I „Aushilfe“ um 600 M erhöht, weil mit Einziehung weiterer Aufseher gerechnet werden muß; unter II sind die Ausgabenansätze zu 1) „Speisung“, 3) „Feuerung“, 5) „Inventar“, 6) „Bureau Vermischtes“ infolge der Preissteigerung um 4500 M, 1000 M, 600 M und 500 M erhöht worden.

Kap. III. Polizei. Der Voranschlag für fast sämtliche Titel dieses Kapitels mußte für 1918 wiederum wesentlich erhöht werden, und zwar um rund 841 000 M. Im Vergleich mit dem festgestellten Staatshaushalt für 1917 betragen die Erhöhungen in runden Summen bei Titl. 1 „Allgemeine Ausstattungs-kosten“ 8000 M, bei Titl. 2 „Gesundheitswesen“ 28 000 M, bei Titl. 3 „Krankenanstalt“ 463 000 M, bei Titl. 4 „Pathologisches Institut“ 6000 M, bei Titl. 6 „St. Jürgenajyl Ellen“ 61 000 M, bei Titl. 8 „Polizeidirektion“ 89 000 M, bei Titl. 10 „Polizeihaus“ 33 000 M, bei Titl. 11 „Feuerwehr“ 127 000 M, bei Titl. 13 „Landherrnamt“ 4000 M und bei Titl. 15 „Amt Bremerhaven“ 22 000 M. Zu bemerken ist zu Titl. 69 „Amt Bremerhaven“ Spezialbudget Nr. 52, daß unter I in den letzten 8 bisher mit Vakant bezeichneten Schreiberposten die zum Heeresdienst eingezogenen Schreiber wieder aufgeführt sind, weil ihre Friedensdienstzeit abgelaufen ist oder während des Rechnungsjahres 1918 ablaufen wird. Da die für diese Schreiberstellen eingestellten Gehaltsätze zur Bezahlung von Hilfskräften nicht mehr zur Verfügung stehen, so mußte der Ausgabenansatz für „Außerordentliche Schreibhilfe“ um 7900 M erhöht werden.

Kapitel IV. Finanzen. Die starke Zunahme der Ausgaben dieses Kapitels ist in der Hauptsache auf anwachsende Zinsenlast zurückzuführen. Insgesamt werden rund 2 322 000 M mehr beansprucht als im Vorjahr. An den Mehrforderungen sind beteiligt: Titl. 2 „Generalkasse“ mit 25 000 M, Titl. 3 „Zinsen der Staatsschuld“ mit 2 345 000 M, Titl. 5 „Öffentliche Grundstücke“ mit 3000 M, Titl. 6 „Generalkassenamt“ mit 27 000 M und Titl. 7 „Katasteramt und Steuerkontrolle“ mit 7000 M. Für Titl. 4 „Schuldentilgung“ sind rund 74 000 M, für Titl. 8 „Zollverwaltung“ rund 11 000 M weniger eingestellt.

Zu Titl. 4 „Schuldentilgung“ wird bemerkt, daß die Herabsetzung der Anschlagssumme hauptsächlich darauf beruht, daß im Spezialbudget Nr. 73 die Tilgungsquoten für das Gaswerk, das Wasserwerk und das Elektrizitätswerk gegen 1917 um rund 110 000 M niedriger eingestellt sind, wogegen die Summen zur Tilgung der 4 % Anleihen von 1908, 1909 und 1911, den Tilgungsplänen entsprechend, um rund 22 000 M zu erhöhen waren.

Kap. V. Unterricht. Dieses Kapitel erfordert insgesamt rund 55 000 M mehr als im Vorjahre. Die Mehrausgaben betragen bei Titl. 3 „Realschulen“ 3 000 M, bei Titl. 4 „Städtisches Lyzeum u. s. w.“ 15 000 M, bei Titl. 5 „Seminar und Seminarische“ 3 000 M, bei Titl. 8 „Volkschulen“ 24 000 M, bei Titl. 9 „Landschulen, Zuschuß“ 6 000 M, bei Titl. 14 „Seefahrtsschule“ 3 000 M. Bei Titl. 2 „Gymnasium u. s. w.“ ergibt sich eine Minderausgabe von etwa 7 000 M und bei Titl. 15 „Technische Lehranstalten“ eine Minderausgabe von 3 000 M.

Kap. VI. Bauwesen. Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr um rund 126 000 M gewachsen. Erhöht sind die Ausgabenbeträge in runden Summen bei Titl. 1 „Allgemeine Bauverwaltung“ um 4 000 M, bei Titl. 2 „Hochbau“ um 48 000 M, bei Titl. 3 „Straßenbau, Gehalte und Unterhaltung“ um 81 000 M, bei Titl. 5 „Stadterweiterung“ um 10 000 M und bei Titl. 6 „Wasserbau“ um 54 000 M, dagegen vermindert bei Titl. 4 „Straßenbau, Neu- und Umlegung bestehender Straßen“ um 71 000 M.

Kap. VII. Häfen und Eisenbahnen. Auch bei sämtlichen Titeln dieses Kapitels ist eine zum Teil beträchtliche Ausgabenerhöhung eingetreten. Die Mehr-

ausgaben betragen bei Titl. 1 „Allgemeine Verwaltung“ 6 000 *M*, bei Titl. 2 „Eisenbahnanlagen in der Stadt“ 21 000 *M*, bei Titl. 6 „Zollausflußgebiet und Holz- und Fabrikenhafen“ 191 000 *M* und bei Titl. 7 „Bremerhaven“ 249 000 *M*.

Kap. VIII. Vermischte Ausgaben. Im Vergleich zum Voranschlag für den Staatshaushalt für 1917 beträgt der Mehrbedarf rund 119 000 *M* und zwar bei Titl. 2 „Witwen- und Waisengeld“ 60 000 *M*, bei Titl. 4 „Statistisches Amt“ 4 000 *M*, bei Titl. 7 „Friedhöfe“ 21 000 *M*, bei Titl. 8 „Krematorium“ 6 000 *M*, bei Titl. 10 „Städtisches Museum“ 4 000 *M*, bei Titl. 12 „Gewerbemuseum“ 5 000 *M*, bei Titl. 14 „Handelskammer“ 14 000 *M*, bei Titl. 16 „Gewerbekammer“ 8 000 *M*, bei Titl. 18 „Kammer für Landwirtschaft“ 2 000 *M*, bei Titl. 20 „Versicherungsbehörden“ 7 000 *M*, bei Titl. 21 „Postaversum“ 8 000 *M*, bei Titl. 27 „Kleine und unbegleitete Ausgaben“ 3 000 *M* und bei Titl. 30 „Jugendamt“ 64 000 *M*. Bei Titl. 1 „Ruhegehälter“ konnte der Anschlag um 20 000 *M* ermäßigt werden, ebenso bei Titl. 29 „Armenamt Bremen: Betrag der Armensteuer“ um 100 000 *M*. Die Titl. 17 „Öffentlicher Arbeitsnachweis“ und Titl. 24 „Ehrensold Droste“ erscheinen im Voranschlag zum ersten Male, in das Budget für 1917 sind sie nachträglich eingestellt worden. (Verhdlgn. 1917 S. 391, 544 und Verhdlgn. 1917 S. 423.)

Kap. IX. Reich und Auswärtiges. Die Schlusssumme dieses Kapitels ist um etwa 7 000 *M* niedriger eingestellt als im festgestellten Haushaltsplan für 1917. Abgesehen von dem geringen Mehrbedarf bei Titl. 2 „Missionen“ beruht der Minderbedarf namentlich auf dem geringeren Ansatze bei Titl. 1 „Matrifularbeitrag“, der nach der Bevölkerungszahl Bremens zunächst zu 239 621 *M* berechnet ist, gegen 246 499 *M* im Vorjahre. Der Betrag wird sich wahrscheinlich noch ändern, sobald der Reichshaushalt für 1918 festgestellt ist.

Die Gesamtsumme der Ordentlichen Ausgaben beträgt 55 459 518 *M* gegen 51 176 023 *M* im festgestellten Haushaltsplan für 1917. Von den 4 283 459 *M* betragenden Mehrausgaben entfallen auf die Zinsen der Staatsschuld 2 345 000 *M*.

#### Außerordentliche Ausgaben.

Kap. I. Bauten und Anlagen. Die unter 1 und 3 eingestellten Ausgabenansätze werden zu streichen sein, wenn nicht bis zum Schlusse der Budgetberatungen die noch fehlenden Berichte eingehen sollten. Die unter 2 eingestellte erste Rate für den Neubau einer Kunstgewerbeschule beantragt die Finanzdeputation zu streichen. Während des Krieges ist die Ausführung vieler Neubauten zurückgestellt, die dringlicher sind als der Neubau der Kunstgewerbeschule.

Kap. II. Vermischte Ausgaben. Unter Titl. 1 bis 9 sind die gleichen Beträge eingestellt wie im Vorjahre. Zu Titl. 10: Als Beitrag für die Herausgabe der „Hanseatischen Rechtszeitschrift“ ist der Betrag von 1 000 *M* eingestellt worden. Der Senat hat bereits zugestimmt, die Finanzdeputation ersucht die Bürgerschaft, die Genehmigung zu dieser Ausgabe, die für die beiden Rechnungsjahre 1918 und 1919 vorgesehen ist, auch ihrerseits zu erteilen.

#### Die Finanzdeputation.

(gez.) **W. Donandt.** (gez.) **Aug. Rebelthau.**

Anlage 2.

#### Bericht der Deputation für das Gesundheitswesen zum Budget 1918.

##### I. Voranschlag, betreffend das Gesundheitswesen.

Die Einnahmen mußten bei der Fortdauer des Krieges geringer angesetzt werden als im Vorjahre. Besonders die Positionen Nr. 4 und 5 des Spezialbudgets Nr. 22 hängen ganz von der Wiederkehr normaler Verhältnisse ab. Treten diese im Laufe des Rechnungsjahres 1918 wieder ein, so ist mit einer bedeutenden Erhöhung der Einnahmen zu rechnen.

Unter den Ausgaben ist im Spezialbudget Nr. 59 unter II als neue Position unter der Bezeichnung „Tuberkulosebekämpfung“ ein Betrag von 20 000 *M* eingestellt. Dieser Fonds wurde bisher von der Stadtbremischen Armenpflege als Bestandteil von deren Wohltätigkeitsfonds verwaltet und von dort aus für die Zwecke der Bekämpfung der Tuberkulose durch Gewährung von Heilstättenbehandlung usw. an bedürftige Kranke verwendet. Diese Verbindung mit der Armenpflege hat sich jedoch insofern nicht bewährt, als zahlreiche Kranke Anstoß daran nehmen, sich an die Armenpflege zu wenden, indem sie die etwaigen Zuwendungen von dorthin als Armenunterstützung ansehen, obgleich es sich nicht um eine solche handelt. Da die Bekämpfung der Tuberkulose eine wichtige Aufgabe des öffentlichen Gesundheitswesens darstellt, die infolge der Begleiterscheinungen des Krieges in Bezug auf die Ernährung usw. jetzt eine noch größere Bedeutung gewonnen hat als bisher, empfiehlt es sich, die Verfügung über diesen Fonds der unterzeichneten Deputation zu übertragen, die durch den Gesundheitsrat mit dem Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose und dessen Einrichtungen in enger Fühlung steht. Im Einverständnis mit der Direktion der Stadtbremischen Armenpflege wird daher beantragt, künftig die Position „Tuberkulosebekämpfung . . . . . 20 000 *M*“ in dem Budget der unterzeichneten Deputation zu führen, während der gleiche Betrag aus dem Spezialfonds der Armenpflege ausscheidet.

Zu den Vorschlägen der Krankenanstalt einschließlich des Pathologischen Instituts und des St. Jürgen-Asyls wird wie folgt berichtet:

### I. Einnahmen.

#### A. Krankenanstalt.

##### 1. Verpflegungsgelder.

Die Einnahme an Verpflegungs-, Behandlungs- und Operationsgeldern pro Verpflegungstag und Kopf betrug im Rechnungsjahre

1914 . . . . .	<i>M</i> 2,95,4
1915 . . . . .	„ 3,03
1916 . . . . .	„ 2,99,1
	<i>M</i> 8,97,5

mithin durchschnittlich . . . „ 2,99,1.

Die angenommenen 410 000 Krankenverpflegungstage werden demnach eine Einnahme von 1 226 310 *M* und unter Einrechnung von rund 48 000 *M* aus der Militärverpflegung 1 274 310 *M* ergeben.

Nach den Ergebnissen des Vorjahres konnten ferner die Einnahmen aus der Viehhaltung und der Landwirtschaft etwas höher eingestellt werden.

#### B. St. Jürgen-Asyl.

Der durchschnittliche Krankenbestand betrug im Rechnungsjahre 1916: 640,49 und in den ersten sieben Monaten des Rechnungsjahres 1917: 562,31. Die Einnahmen an Verpflegungsgeldern betragen in diesen Zeiträumen pro Kopf und Tag 2,54,67 *M* und 2,48,24 *M*.

Für 1918 sind angenommen ein Durchschnittsbestand an Kranken von 570 mit 208 050 Verpflegungstagen und eine Durchschnittseinnahme von 2,50 *M* pro Kopf und Tag mit 520 125 *M*.

Nach den Ergebnissen des Vorjahres konnten für die Viehhaltung nicht mehr als 60 000 *M*, dagegen für die Landwirtschaft 46 400 *M* eingestellt werden.

### II. Ausgaben.

#### A. Krankenanstalt.

##### 1) Gehalte.

a. Ärzte: Die Abteilungen der dirigierenden Ärzte Dr. Koltenius, Dr. Zoose, Dr. Thikötter, sind ständig gewachsen. Es erscheint daher geboten, das Gehalt der

genannten Ärzte um 1000 *M* zu erhöhen und sie so dem dirigierenden Arzt Dr. Stachow gleichzustellen, dessen Gehalt vor einigen Jahren aus demselben Grunde in gleicher Weise erhöht wurde.

b. Beamte: Mit der Inbetriebnahme des Erweiterungsbaues der gynäkologischen Abteilung wird die Anstellung einer zweiten Laborantin erforderlich. Es ist dementsprechend eine neue Stelle mit dem Gehalt von 1600—2200 *M* (5 zu 120) eingestellt, für die die Jahrgeldeberechtigung beantragt wird.

c. Pflegepersonal: Die Zahl der Diakonissen des Westfälischen Diakonissenhauses Sarepta zu Bethel bei Bielefeld ist wegen der starken Belegung der Anstalt auf 150 gestiegen. Die Vergütung für jede Diakonisse mußte um 100 *M* erhöht werden, da das Diakonissenhaus seine durch den Krieg stark erhöhten Ausgaben geltend machte.

### 2) Arbeits- und Dienstlöhne usw.

Hier war, entsprechend der Ausgabe in der ersten Hälfte 1917, ein erheblich höherer Betrag einzustellen. Die Mehrforderung beruht auf den Ausgaben für den Ersatz von zum Heeresdienst einberufenen Pflegern und Angestellten. Im Zusammenhang damit stehen die vermehrten Aufwendungen für die Familien der zum Heeresdienst Einberufenen, die sich auf mehr als 1000 *M* pro Monat belaufen.

### 3) Sachliche Ausgaben.

#### 1) Speisung. Angenommen sind:

410 000	Berpflegungstage von Kranken
120 000	„ „ Personal

zuf. . . . 530 000 Berpflegungstage zu 1,85 *M* = 980 500 *M*.

Die Ausgabe im ersten Halbjahr 1917 beträgt 1,83,5 *M* pro Kopf und Tag. Mit einem Sinken der Lebensmittelpreise ist einstweilen nicht zu rechnen.

2) Die Positionen 3) Feuerung, 6) Reinigung, 13) Viehhaltung, 14) Landwirtschaft waren entsprechend den Preissteigerungen des Materials zu erhöhen. Hervorzuheben ist die sehr erhebliche Steigerung der Ausgabe für Feuerung, die durch die Kohlen- und Kokspreise bedingt wird.

## B. St. Jürgen-Asyl.

### II. Löhne usw.

Aus denselben Gründen wie bei der Krankenanstalt mußte hier eine Erhöhung um 10 000 *M* eintreten.

### III. Sachliche Ausgaben.

#### 1) Speisung. Es sind angenommen:

208 050	Berpflegungstage von Kranken
52 010	„ „ Personal

zuf. . . . 260 060 Berpflegungstage zu 1,40 *M* = 364 084 *M*

Der Berpflegungstag kostete im ersten Halbjahr 1917 durchschnittlich 1,35,93 *M*.

2) Ärztliche Heilbedürfnisse. Wegen der gestiegenen Preise war diese Position um 1000 *M* zu erhöhen.

3) Feuerung und elektrischer Strom. Infolge der hohen Kohlenpreise mußte hier eine wesentlich höhere Einstellung erfolgen.

4) Reinigung. Auch hier ist nach dem Ergebnisse des laufenden Jahres mit einer erheblich gesteigerten Ausgabe wegen der gestiegenen Materialpreise zu rechnen.

Bremen, den 12. Dezember 1917.

Die Deputation für das Gesundheitswesen.

(gez.) **Lürman**, Dr. (gez.) **F. Garbrecht**.



Bremens aus der Reichserbschaftsteuer nachzuweisen. Der für das kommende Rechnungsjahr als Einnahme schätzungsweise zu erwartende Betrag ist deshalb im Einnahme-Haushaltsplan unter I, 2 p aufgenommen.

Bremen, den 15. Dezember 1917.

(gez.) **Rebelthau.**

Unteranlage.

Erläuterungen.

Wenn auch bei Aufstellung des Haushaltsplans wieder von der Annahme ausgegangen ist, daß mit Beginn des kommenden Rechnungsjahres oder wenigstens bald darauf wieder Friedensverhältnisse eintreten, so ist doch dem Umstande Rechnung getragen, daß auch nach Beendigung des Krieges nicht sofort wieder überall die gleichen Zustände einzusetzen werden, wie sie vor dessen Ausbruch bestanden haben.

#### A. Einnahmen.

Zu I 1 a: Die vom Reiche zu vergütenden etatsmäßigen Zollverwaltungskosten — Titel I bis VI des Zollverwaltungskostenetats — werden sich nach den vom Bundesrat für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1917 festgesetzten und sodann für die Dauer des Krieges verlängerten Gehaltsdurchschnittssätzen wie folgt stellen:

#### I. Besoldungen.

##### A. Gehalte.

##### 1. Hauptzollämter:

3 Oberzollinspektoren je 7 250 M	..... M	21 750
1 Hauptzollkassenrendant	..... "	7 100
10 Oberzollrevisoren je 6 100 M	..... "	61 000
1 Hauptzollkassenkontrollleur und		
13 Oberzollkontrollleure je 4 517 M	..... "	63 238
73 Zollsekretäre je 4 079 M	..... "	297 767
84 Zollassistenten je 3 376 M	..... "	283 584
330 Zollauffseher je 2 184 M	..... "	720 720
26 Zollamtsdiener und		
4 Zollbootsführer je 1 787 M	..... "	53 610
		<u>M 1 508 769</u>

##### 2. Nebenzollamt I Begefac.

1 Oberzollnehmer und		
1 Zollsekretär je 4 079 M	..... "	8 158
1 Zollassistent	..... "	3 376
4 Zollauffseher je 2 184 M	..... "	8 736
1 Zollamtsdiener	..... "	1 787
		<u>M 22 057</u>

##### 3. Grenzschuttpersonal.

2 Oberzollkontrollleure je 4 517	..... M	9 034
93 Zollauffseher und		
3 Zollmaschinenisten je 2 184 M	..... "	209 664
12 Zollbootsführer je 1 787 M	..... "	21 444
		<u>M 240 142</u>

Summe I A... M 1 770 968,—

## B. Wohnungsgeldzuschüsse:

(Entschädigungen für freie Dienstwohnungen.)

3 Oberzollinspektoren 7,5 v. H. von 3 · 7 250 M —  
 3 · 550 M = 20 100 M ..... " 1 507,50

## C. Stellen- und Stationszulagen.

(Verlustentschädigungen an Rassenbeamte)... " 774,—

## D. Dienstbekleidungszuschüsse.

427 Zollauffseher und 3 Zollmaschinisten je 80 M und  
 27 Zollamtsdiener und 16 Zollbootsführer je 60 M " 36 980,—

## E. Funktionszulagen, Teuerungszulagen.

Postenführerzulagen für 7 Zollauffseher M 480  
 Teuerungszulagen an auf dem Zoll-  
 verwaltungskostenetat stehende Beamte  
 (Schätzungsweise) ..... " 250 000 " 250 480,—

Summe I... M 2 060 709,50

II. Fuhrkosten und Entschädigungen für Reisen im  
 Dienstbezirk ..... " 968,—

III. Umzugskosten und Mietsentschädigungen bei  
 Versetzungen ..... " 5 000,—

IV. Kosten der Bureaubedürfnisse:  
 6 v. H. von 1 532 333,50 M (IA 1 u. 2 u. B)  
 — 10 675 M (Bundesratsbeschluß vom 5. August 1915,  
 § 839 der Protokolle) = 1 521 658,50 M ..... " 91 299,51

V. Kosten der räumlichen Unterbringung:  
 5 v. H. von der Summe zu IV ..... " 76 082,93

VI. Pensionen der Beamten usw. .... " 242 848,79  
 M 2 476 908,73

abgerundet auf 2 477 000 M.

Zu I, 1 b: Die besonders aufzurechnenden Zollverwaltungskosten haben  
 gebracht:

1914.... 56 675,59 M

1915.... 23 305,06 "

1916.... 17 016,17 "

Hierzu gehören: 1) Vergütungen für außerordentliche Dienstleistungen, 2) Kosten der Bewaffnung des Grenzschutzpersonals, 3) Kosten der Anschaffung und baulichen Unterhaltung der Zollfahrzeuge sowie deren Geschäftskosten, 4) Kosten der Vertretung erkrankter oder verstorbener Beamten, 5) Kosten der außerordentlichen Verstärkung des Zollpersonals, 6) Kosten der Unbrauchbarmachung von Gerste, 7) sonstige sachliche Kosten der Grenzzollverwaltung. Fällt die Einnahme geringer aus, so stehen entsprechend geringere Ausgaben gegenüber.

Zu I, 2: Die Vergütungen für Erhebung und Verwaltung der Reichssteuern werden nach den in den betreffenden Gesetzen oder in den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen festgesetzten Sätzen von der Rohsolleinnahme berechnet und sind daher von den Einnahmen der einzelnen Abgabenzweige abhängig.

Zu I, 2 b: Da die Einnahme an Zigarettensteuer von Jahr zu Jahr höher geworden ist — im Rechnungsjahre 1916 sind rund 3000 M Vergütungen mehr aufgetreten als in 1915 —, sind statt 11 000 M in 1917 12 000 M als Einnahme für 1918 eingestellt. Von dem Kriegsausschlag wird keine Vergütung gewährt.

Zu I, 2 d: Die Einnahme an Branntweinsteuer ist während des Krieges, da es an dem nötigen Maischgut fehlt, von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Auch nach dem Kriege wird erst einige Zeit vergehen müssen, bevor die Erzeugung von Branntwein sich wieder hebt. Aus diesem Grunde ist die Einnahme an Vergütungen mit nur 4700 M angesetzt.

Zu I, 2 i: Was von der Branntweinsteuer gesagt ist, trifft auch auf die Brausteuer zu; erst neuerdings hat wieder eine weitere Herabsetzung der den Brauereien zugewiesenen Malz- und Gerstenkontingente stattgefunden. Für die ersten beiden Viertel des Rechnungsjahres 1917 sind an Erhebungs- und Verwaltungskosten Bremen nur 3684,13 M zugefallen. Der Ansaß für 1918 beträgt deshalb nur 10 000 M.

Zu I, 2 l: Da infolge Stilliegens zahlreicher Geschäfte mit einer geringeren Einnahme an Warenumsatzstempel gerechnet werden muß, sind statt der für 1917 veranschlagten 140 000 M nur 125 000 M angesetzt.

Zu I, 2 m u. n: Nach dem Bericht des Generalsteueramts als Besitzsteueramt wird die Besitzsteuer mit im ganzen etwa 2 400 000 M veranschlagt werden. Hiervon werden in 1918 fällig 800 000 M. Da aber größere Posten schon vorausbezahlt werden, so erscheint es angemessen, den Eingang für 1918 nur mit 500 000 M anzunehmen. Demnach ergibt sich eine Vergütung von 50 000 M.

Von der Kriegsabgabe nebst Zuschlag werden bei Beginn des Rechnungsjahres 1918 voraussichtlich noch etwa 500 000 M unbezahlt sein und im Laufe des Jahres eingehen. Hiervon beträgt die Vergütung des Reichs 2500 M.

Zu I, 2 o: Eine Einnahme an Kohlensteuer wird nicht zu erwarten sein, da ausländische Kohle, die nur aus England zur Einfuhr gelangen könnte, auch für den Fall, daß der Krieg bei Beginn des Rechnungsjahres 1918 beendet werden sollte, vermutlich im ersten Friedensjahre nicht eingeführt werden wird. Demgemäß ist auch keine Vergütung für Erhebung usw. der Steuer angesetzt worden.

Zu I, 2 p: Wegen des erstmaligen Nachweises dieser Einnahme im Haushaltsplan der Zollverwaltung verweist die Zollkommission auf den letzten Absatz ihres vorstehenden Berichts.

Nach Angabe des Generalsteueramts als Erbschaftsteueramt beträgt die für 1918 zu erwartende Reichserbschaftsteuer schätzungsweise 750 000 M. Hiervon beträgt der Anteil Bremens ( $\frac{1}{5}$ ) = 150 000 M, während die übrigen  $\frac{4}{5}$  mit 600 000 M an das Reich abzuführen sind.

Zu I, 2 q: An Steuer vom Personen- und Güterverkehr werden schätzungsweise 615 000 M zu erwarten sein. An Erhebungs- und Verwaltungskosten sind dementsprechend 12 300 M in Einnahme gestellt.

Zu II, 2 a: Die Anzahl der Geschäftshäuser, die früher die ständige Tätigkeit besonderer Beamten in Anspruch nahm, ist im Laufe des Krieges immer kleiner geworden; gegenwärtig werden nur noch von 3 Geschäftshäusern insgesamt 1 Zollsekretär, 2 Zollassistenten und 3 Zollauffseher in Anspruch genommen. Für diese beträgt der zu zahlende Verwaltungskostenbeitrag 20 251,15 M. Wenn auch mit Beginn des Rechnungsjahres der Krieg beendet sein sollte, so wird doch wahrscheinlich erst einige Zeit vergehen, ehe die ständige Tätigkeit der früheren auf bremische Rechnung stehenden Beamten wieder erforderlich sein wird. Deshalb sind nur 20 251,15 M als Einnahme eingestellt.

Zu II, 2 b: Die Einnahme an Einzelgebühren ist infolge des Krieges von Jahr zu Jahr geringer geworden. Auch 1918 wird sie kaum größer sein, als 1916, wo sie 1055,67 M betrug. In den Voranschlag sind deshalb nur 1000 M aufgenommen.

Zu II, 5: Die Einnahme hängt mehr oder weniger von Zufälligkeiten ab.

### B. Ausgaben.

Zu A I, 5, 12, 19: Die bisherigen Inhaber dieser Stellen sind gefallen, eine Wiederbesetzung wird erst nach Friedensschluß eintreten können.

Zu A I, 29: Dieser Posten ist aus den bereits im Bericht zum Haushaltsplan für 1915 dazu ausgeführten Gründen wieder in gleicher Höhe eingestellt.

Zu A II, 3: Im laufenden Jahre sind die Kosten für Feuerungstoffe und Druckarbeiten außerordentlich gestiegen. Da die hohen Preise voraussichtlich auch im kommenden Jahre vorläufig werden bestehen bleiben, sind 1000 M mehr als für 1917 angesetzt.

Zu B I, 8, 49/51, 82/84, 248/275, 299, 334, 378/79, 517/25, 536/37, 543, 572, 612, 676/78, 726/28: Diese seit längerer oder kürzerer Zeit unbesetzten Stellen sind teils durch Tod, Versetzung in den Ruhestand, Überführung in andere erledigte Stellen oder Entlassung ihrer Inhaber frei geworden, teils, z. B. 1 Zollassistenten-, 3 Zollauffseher- und 1 Einsammlerstelle, überhaupt noch nicht besetzt gewesen. Ihre Wiederbesetzung oder Besetzung liegt vor Beendigung des Krieges voraussichtlich nicht im Bedürfnis oder ist überhaupt nicht möglich. Inwieweit sie nach Friedensschluß erforderlich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Von diesen gehen die Stellen von 4 Zollsekretären, 1 Zollassistenten und 22 Zollauffsehern auf bremische Rechnung. Für die Stellen: B I 8 (Oberzollrevisor), 82/84, 378/79 und 572 (Zollass.) sind 5700 M und je 2750 M Gehalt ausgeworfen, da bei Wiederbesetzung der Stellen voraussichtlich ein Gehalt in dieser Höhe wird bewilligt werden müssen.

Zu B I, 27, 478, 631 und 634: Die Inhaber dieser Stellen sind seit längerer Zeit vermißt. Sie mußten aber in ihren Stellen noch aufgeführt werden, weil ihr Tod noch nicht feststeht. Die Gehaltszahlung ist eingestellt.

Zu B I, 38, 48, 104, 146, 178, 409, 433, 441 und 463: Die Inhaber dieser Stellen sind in den Dienst der Zivilverwaltung in Brüssel oder Warschau abgeordnet. Ihr Dienst Einkommen wird ihnen dort gezahlt.

Zwei Zollassistentenstellen B I 379/80 des Haushaltsplans für 1917, und eine Zollauffseherstelle, B I 422 ebenda, sind als entbehrlich auf Antrag des Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern nicht wieder eingestellt. Es handelt sich um Stellen der früher in der Statistik bei der Zollabfertigungsstelle Weserbahnhof beschäftigt gewesenen zwei Zollassistenten und eines Zollauffsehers.

Zu B IV, 2: Statt der im Haushaltsplan für 1917 ausgeworfenen 60.000 M sind nur 30.000 M angesetzt worden. Selbst wenn mit Beginn des Rechnungsjahres 1918 der Krieg beendet sein sollte, wird immerhin erst geraume Zeit vergehen, ehe außerordentliche Dienstleistungen wieder im früheren Umfange in Anspruch genommen werden.

Zu B V, 1: Im laufenden Rechnungsjahre sind die Ausgaben für Feuerung außerordentlich angewachsen. Da anzunehmen ist, daß die Preise auch im kommenden Rechnungsjahre sich vorläufig auf der gleichen Höhe halten werden, außerdem im nächsten Jahre, namentlich wenn Friedensverhältnisse eintreten sollten, die während des Krieges nach Möglichkeit zurückgestellten Ausgaben für Neubeschaffung, Unterhaltung und Ergänzung der Dienstgeräte wesentlich steigen werden, sind statt der im Vorjahre bewilligten 66.100 M 73.000 M eingestellt worden.

Bremen, den 15. Dezember 1917.

Die Senatskommission für Zollangelegenheiten.

(gez.) **Nebelthau.**

Anlage 4.

**Bericht der Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung.**

Die Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung überreicht hierneben den Haushaltsplan für 1918, indem sie sich wegen der Einzelheiten auf den beifolgenden Bericht des Herrn Staatsbaumeisters Staude bezieht.

Bremen, den 11. Dezember 1917.

Die Baudeputation, Abteilung Allgemeine Bauverwaltung.

Der Vorsitz:

(gez.) **Hildebrand.**

Der Rechnungsführer:

(gez.) **W. Lehmann.****Bericht des Staatsbaumeisters Staude.****A. Ordentliche Einnahmen.**

Die Beträge des Vorjahres sind wieder eingestellt, sie können auch jetzt wie im Vorjahre nur schätzungsweise angegeben werden.

**B. Ordentliche Ausgaben.****I. Gehalte.**

Die Gehalte sind unter Berücksichtigung der fälligen Alterszulagen eingestellt. Für den im Kriege gefallenen Bauführer Krück ist wie im Vorjahre das Anfangsgehalt eines Bauführers eingestellt, da die Stelle nach Beendigung des Krieges wieder besetzt werden muß.

Die Stelle des während des Krieges verstorbenen Boten Meister ist ebenfalls unter (unbesetzt) mit dem Anfangsgehalt eingestellt. Die Stelle war probeweise, bis zu seiner Einberufung zum Heeresdienst, dem Militäranwalt Dirks übertragen. Die Stelle soll nach Beendigung des Krieges endgültig besetzt werden. Aus diesem Gehalt wird ein zur Aushilfe angenommener Kriegsbeschädigter bezahlt.

Unter Rendantur ist anstelle des in russischer Gefangenschaft verstorbenen zweiten Buchhalters Schlömerkämper das Anfangsgehalt eines Buchhalters als unbesetzt eingestellt, weil die Stelle nach Kriegsende wieder besetzt werden muß.

Der Mehrbedarf infolge von Alterszulagen beträgt 2545 M.

**II. Sachliche Ausgaben.**

Ziffer 1. Heizung, Beleuchtung und Reinigung. Der Betrag ist infolge der höheren Preise für Heizungsmaterial um 650 M erhöht worden.

Ziffer 2. Formulare, Schreib- und Zeichenbedarf, Inventar, Dienstkleidung für die Boten und Verschiedenes. Der Betrag ist um die vorangegebene Erhöhung ermäßigt, weil versucht werden soll, mit diesen Mitteln auszukommen.

Ziffer 3. Reisekosten. Der Betrag ist um 500 M auf 2000 M (wie in den früheren Jahren) erhöht worden, mit Rücksicht auf die Erhöhung der Reisekosten der Beamten der Rendantur und die allgemeine Verteuerung der Reisekosten.

Im übrigen sind die Beträge der Vorjahre wieder eingestellt.

Die Allgemeine Bauverwaltung.

(gez.) **Staude.**

Einverstanden.

Bremen, den 28. November 1917.

Die Baudirektion.

Allgemeine Bauverwaltung

(gez.) **Graepel.**

## Bericht der Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

Anlage 5.

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau überreicht hierneben den Vorschlag zum Budget 1918 unter Bezugnahme auf die beifolgenden Berichte der Straßenbauämter I und II, des Deich- und Wegbauamtes, der Verwaltung der Straßenreinigung und des Kanalbauamtes. Unteranlagen 1-5.

Aus denselben Gründen, wie sie für 1916 und 1917 maßgebend waren, ist auch für 1918 von dem Verfahren, wonach die Neu- und Umlegungen bestehender Straßen ein Jahr vorher beantragt werden sollen (Verhdlgn. 1909 S. 1319 und 1322), abgewichen worden.

Die sich auf Neu- und Umlegungen beziehenden Anträge umfassen nur zwei Positionen, deren Zweckmäßigkeit aus den gegebenen Begründungen ohne weiteres hervorgeht. Inbetreff der hierbei für die Ausführung in Aussicht genommenen Materialien müssen Änderungen vorbehalten bleiben, wenn sie sich als zweckmäßig oder notwendig erweisen.

Unter Neuanlage von Straßen sind, abgesehen von dem seitens der Straßenreinigung beantragten provisorischen Ausbau des Hohwegs, keine besonderen Anträge gestellt, es erscheinen hier bei beiden Straßenbauämtern nur die ständigen Positionen, betreffend Fußwegbeläge und Baumpflanzungen, mit dem ebenso wie im Vorjahre auf je 5000 M herabgesetzten Betrag.

Aus der bei den Straßenbauämtern I und II vorgesehenen Position: Umpflasterung von Straßen für Rechnung des Staates (Verhdlgn. 1909 S. 143) ist die Umpflasterung folgender Straßen bestritten:

Oderstraße . . . . .	5988,09	M
Rückertstraße . . . . .	4391,99	"
An der Gete . . . . .	4059,68	"
Herbststraße . . . . .	2981,24	"
Winterstraße . . . . .	2784,91	"
Scheffelstraße . . . . .	1892,75	"
Grohnerstraße . . . . .	1080,58	"
Elisabethstraße . . . . .	2947,02	"
	<u>26126,26</u>	M

Die Baudeputation, Abteilung Straßenbau.

(gez.) **Raffow.**(gez.) **W. Boettcher.**

## Bericht des Straßenbauamts I.

Unteranlage 1.

## Außerordentliche Einnahmen.

Die Beiträge für Straßenanlagen sind in derselben Höhe wie im Jahre 1917 eingesetzt. Da Anträge wegen Anlage neuer Straßen nicht gestellt werden, so ist für die Pos.: Vorläufiger Ersatz aus dem Fonds für außerordentliche Verwendungen nichts eingestellt.

## Ordentliche Einnahmen.

Die Positionen 1, 2 und 4 sind in gleicher Höhe wie im Jahre 1917 eingesetzt. Für die Position 3 hat nichts eingestellt werden können, da Anträge von Privaten auf Genehmigung neuer Straßenanlagen zur Zeit nicht zu erwarten sind. Die Pos. 5: Überschuss des Lagers hat eine weitere Herabsetzung, und zwar eine solche auf 1000 M erfahren müssen.

## Gehalte.

Die Gehalte der ruhegehalt- und jahrgeldberechtigten Beamten sind entsprechend den fällig werdenden Alterszulagen, aus denen sich eine Erhöhung um

2961,67 M ergibt, eingesetzt. Desgleichen enthalten die für die Schreiber eingestellten Gehaltsätze die den Bestimmungen entsprechenden Alterszulagen.

Die früheren Inhaber der beiden unbesetzten Schreiberstellen haben ihre normale Militärdienstpflicht erfüllt und werden spätestens nach Beendigung des Krieges wieder einzustellen sein; die für diese Stellen ausgeworfenen Beträge entsprechen daher den bisherigen Gehältern der früheren Inhaber.

#### Sachliche Ausgaben.

Der Gesamtbetrag bleibt gegen 1917 unverändert. Es ist nur zu bemerken, daß für den Wasserverbrauch eine neue Position (10) mit 3400 M eingestellt ist, von denen der Betrag von 400 M die nun eingehende Position 6 b darstellt, während die Position 1 um 3000 M gekürzt worden ist.

#### Neuanlage von Straßen.

Als einzige Position ist die regelmäßig erscheinende Position: Ergänzung von Fußwegbelägen und Baumpflanzungen in für Rechnung des Staates ausgebauten Straßen.

Der Staatsbaurat.

(gez.) **Zaleski.**

Unteranlage 2.

### Bericht des Straßenbauamts II.

#### I. Gehalte.

Die Gehalte der ruhegehalt- und jahrgeldberechtigten Beamten des Straßenbauamtes II sind entsprechend den fällig werdenden Alterszulagen I, 1—14 eingestellt. Infolge Alterszulagen tritt eine Erhöhung gegen das Jahr 1917 um 2116,67 M ein.

Pos. 4. Die Kanzleihilfenstelle ist noch nicht besetzt.

Pos. 8. Die durch den Tod des Bauführers Mittelstorb freigewordene Bauführerstelle ist noch nicht besetzt.

Pos. 15. Der Betrag für Bedienung und Unterhaltung der Schreibmaschine ist um 100 M erhöht worden.

Sonst sind keine Veränderungen gegen das Vorjahr eingetreten.

#### II. Sachliche Ausgaben.

Pos. 5. Brücken. Hinzugekommen ist: Personentunnel an der Waller Straße. Für Wasserverbrauch ist eine neue Position (9) mit 4000 M eingesetzt.

Die Beträge unter II, Pos. 2 a, 4 u. 6 sind wie im Vorjahre eingestellt.

#### III. Neuanlage von Straßen.

Es ist nur die Position: Ergänzung von Fußwegbelägen und Baumpflanzung in für Rechnung des Staates ausgebauten Straßen wie im Vorjahre eingestellt.

Der Staatsbaurat.

S. S.:

(gez.) **Sumann.**

Unteranlage 3.

### Bericht des Deich- und Wegbauamts.

#### Ordentliche Einnahmen.

#### II. Wegbau.

Die in diesem Jahre eingestellten Beträge bleiben unverändert.

## Ordentliche Ausgaben.

## I. Gehalte.

Das Gehalt des Kanzleigehilfen Bertram ist entsprechend der im September fällig werdenden Alterszulage um 105 *M.* erhöht. Da die Stelle des Bureau-  
dieners, deren früherer Inhaber, H. Häger, im Kriegsdienst verstorben ist, erst nach  
dem Kriege neu zu besetzen sein wird, ist nur die Hälfte des Anfangsgehalts ein-  
gesetzt. Infolge Personenwechsels ermäßigt sich der Betrag für Bedienung einer  
Schreibmaschine auf 1400 *M.* Der Betrag für Verwaltung des Wegeregisters und  
der Plankammer ist mit Rücksicht auf etwa zu gewährende Zulagen von 2040 *M.*  
auf 2200 *M.* erhöht.

## II. Sachliche Ausgaben.

## 1. Unterhaltung der Heerstraßen, Brücken usw.

Es sind nur die Kosten der gewöhnlichen Unterhaltung vorgesehen.

Die einzelnen Positionen unter 1 sind entsprechend dem voraussichtlichen  
Bedarf eingestellt. Im ganzen belaufen sich die Kosten auf 51 800 *M.* gegen  
52 600 *M.* für 1917.

Position 5 ist mit Rücksicht auf die Preissteigerung von 20 *M.* auf 50 *M.*  
erhöht, Position 6 entsprechend den Erfahrungen der letzten Jahre von 300 *M.* auf  
150 *M.* ermäßigt.

## III. Torfkanal, Kuhgraben, Waller und Gröpelinger Fleet.

## Ordentliche Einnahmen.

Die vorjährigen Beträge sind wieder eingesetzt.

## Ordentliche Ausgaben.

Die Beträge für Unterhaltung des Torfkanals und des Waller Fleets sind  
wegen notwendiger Auslotungen von 2000 *M.* auf 2300 *M.* und von 150 *M.* auf  
300 *M.* erhöht.

Zu den auf 2700 *M.* zu veranschlagenden Kosten für die Unterhaltung des  
Kuhgrabens kommen noch 3500 *M.* für die einmalige Ausbaggerung des stark ver-  
sandeten Sielgrabens, so daß im ganzen 6200 *M.* erforderlich werden. Die Aus-  
baggerung des Sielgrabens war bereits für das laufende Rechnungsjahr in Aussicht  
genommen, mußte aber wegen Arbeitermangel unterbleiben. Der Betrag hat gegen-  
über dem Anschlag für 1917 von 4800 *M.* wegen der Lohnerhöhungen auf 6200 *M.*  
erhöht werden müssen.

## IV. Blocklander Entwässerung.

## Ordentliche Einnahmen.

Nach dem Vertrage vom 16. Oktober 1911 hat der Blocklander Abwässerungs-  
verband die in der Zeit vom 1. November 1915 bis 31. Oktober 1916 entstandenen  
Betriebskosten mit 22 731,57 *M.* und für Tilgung und Verzinsung des Anlage-  
kapitals 6600 *M.*, im ganzen also 29 331,57 *M.* zu zahlen. Von dieser Summe  
sind für vermehrte Kesselabnutzung und für stärkere Inanspruchnahme der Maschinen  
und Pumpen infolge der Ableitung der städtischen Verbrauchsabwässer in das Block-  
land 8000 *M.* abzusetzen, so daß der Verband im Jahre 1918 zu zahlen hat  
29 331,57 — 8000 *M.* = 21 331,57 *M.* Dazu kommen noch 46 *M.* an Pacht  
für Fischerei, so daß die Gesamteinnahmen 21 377,57 *M.* betragen werden.

## Ordentliche Ausgaben.

## a. Gehalte und Löhne.

Der Betrag für Hilfspersonal ist wegen der Lohnsteigerung von 4300 *M.*  
auf 5000 *M.* erhöht.

## b. Sachliche Ausgaben.

Das bedeutende Steigen der Kohlenpreise macht eine Erhöhung der Position 1 von 14 300 M auf 17 000 M erforderlich. Position 2 kann von 2600 M auf 1500 M mit Rücksicht auf den vorhandenen Vorrat an Maschinenöl herabgesetzt werden. Im nächsten Jahr sind 2 Kessel einer Revision verbunden mit Wasserdruckprobe zu unterziehen und zu diesem Zweck freizulegen. Position 3 mußte daher von 2000 M auf 3500 M erhöht werden. Für Position 4 sind mit Rücksicht auf die gestiegenen Materialpreise und Arbeitslöhne 1200 M statt 1000 M eingestellt.

Der Staatsbaurat.

(gez.) **F. v. Gebhardt.**

Unteranlage 4.

## Bericht der Verwaltung der Straßenreinigung.

## I. Ordentliche Einnahmen.

Bei der Position 1 sind 650 M mehr eingestellt. Der Stalldünger von der Fuhrparkstelle 3, welcher im Jahre 1917 zum Düngen der Wiesenländereien in Lehe verwandt wurde, soll wieder verpachtet werden.

Bei Position 2 ist der vorjährige Betrag eingestellt. Der im Jahre 1916 gegen den Voranschlag erzielte Mehrbetrag ist der Erlös für die durch die Müllwagen eingesammelten Knochen, letztere werden jetzt von den Haushaltungen an die Schlächtereien zurückgeliefert.

Bei Position 7 sind 1000 M weniger eingestellt. Die Rehrichtmengen haben noch weiter abgenommen, der auf den Straßen liegende Pferdemist wird zum größten Teil von Kindern eingesammelt.

Bei Position 8 sind 1900 M weniger eingestellt. Die im Neuenlande aufgehöhten Ländereien, welche bisher von der Verwaltung der Straßenreinigung verpachtet wurden, sind an die Inspektion für die Staatsländereien überwiesen, die die Pachtgelder vereinnahmt.

## II. Ordentliche Ausgaben.

## A I. Gehalte, Löhne usw.

Die Gehälter der ruhegehalts- und jahrgeldsberechtigten Beamten erhöhen sich durch Alterszulagen um 521,50 M.

## A II. Sachliche Ausgaben.

Bei der Position 2 sind 17 700 M mehr eingestellt. Die Futterpreise steigen dauernd, es werden in der letzten Zeit durchschnittlich 14—15 000 M monatlich für Futter an die Futterverteilungsstelle bezahlt.

Position 10 ist um 10 000 M ermäßigt. Der Verbrauch an Wasser zum Besprengen und Waschen der Straßen ist infolge des eingeschränkten Betriebes weiter zurückgegangen.

Bei Position 11 sind 1000 M mehr eingestellt. Die Feuerversicherung über das tote und lebende Inventar läuft am 1. April 1918 ab und muß erneuert werden. Die Versicherungsprämie wird etwa 1200 M betragen.

B 3. Aus dem gleichen Grunde wie bei A II sind 1000 M mehr eingestellt. Die übrigen Positionen sind mit den vorjährigen Beträgen eingestellt und es muß abgewartet werden, ob damit auszukommen sein wird. Nachbewilligung wird vorbehalten.

## Einmalige Ausgaben.

Im Jahre 1905 sind rund 49 Morgen in der Feldmark Walle zur Ablagerung von Hausmüll angekauft worden. Das Gelände grenzt im Osten an den Hohweg, im Westen an das Waller Fleet. Mit der Aufhöhung durch Müll ist an der am Waller Fleet liegenden Hälfte s. B. begonnen worden und die

Arbeiten sind soweit gediehen, daß Anfang 1919 mit ihrer Beendigung bestimmt zu rechnen ist. Hierauf muß die am Hohweg belegene Hälfte in Angriff genommen werden. Der Hohweg ist nur bis zur Bayrische Straße gepflastert, von dort ab ist er ein gewöhnlicher Koppelweg; mithin ist ein befestigter Weg von etwa 600 lfd. Meter erforderlich, um diese Strecke für die Müllwagen befahrbar zu machen.

Laut Veranschlagung des Straßenbauamts II würde der endgültige Ausbau in 6 m Breite einen Kostenaufwand von etwa 67 000 M erfordern, wozu noch die Kanalkosten kommen. Eine provisorische Pflasterung dagegen, für die eine Breite von 4 1/2 m genügen und die Kosten für Aufhöhung, Einfriedigung und Kanalisation nicht erforderlich sein würden, stellt sich auf rund 35 000 M. Die verwandten Materialien könnten für die Bettung beim endgültigen Ausbau, der auf Jahre hinaus nicht zur Tracht kommen wird, wieder verwendet werden. Nachdem die Baudeputation sich für den vorläufigen Ausbau entschieden hat, ist der Betrag von 35 000 M als einmalige Ausgabe eingestellt worden.

Die zum Budget 1914 zur Anschaffung einer Automobilwasch- und einer dergl. Rehrmaschine bewilligten und in Restverwaltung genommenen Beträge von zusammen 22 500 M sind infolge des Krieges nicht verausgabt und müssen aufs neue vorgetragen werden.

Der Inspektor der Straßenreinigung.

(gez.) Freitag.

#### Bericht des Kanalbauamtes.

Unteranlage 5.

##### I. Gehalte.

Die Gehalte der ruhegehalt- und jahrgeldberechtigten Beamten sind entsprechend den fällig werdenden Alterszulagen eingestellt. Infolge der Alters- und Gehaltszulagen tritt in diesen Positionen gegen das Jahr 1917 eine Erhöhung von 1250 M ein.

Die Maschinisten und Maschinisten II. Klasse für die drei neuen Pumpwerke und für das Pumpwerk an der Eisenbahnbrücke sind noch nicht ernannt worden; hierfür sind die Anfangsgehälter in den Pos. 15 und 16 eingesetzt. Aus den in diesen Positionen eingesetzten Beträgen von insgesamt 7600 + 9000 M = 16 600 M sind die einstweilen als Ersatzkräfte im Tagelohn beschäftigten Maschinenwärter zu bezahlen, soweit hierfür die für die Pumpwerke unter II, Sachliche Ausgaben, 2, 4, 5 u. 7 eingesetzten Beträge, die hierfür nicht vorgesehen sind, nicht ausreichen. Die unter I, 15 und 16 eingesetzten Beträge von 7600 M und 9000 M müssen daher in voller Höhe zur Verfügung stehen; die Pos. I, 15 u. 16 müssen ferner mit den Pos. II, 1—11 übertragbar erklärt werden.

Mit Rücksicht auf Gehaltszulagen mußten für die Bedienung der Schreibmaschine 100 M mehr eingesetzt werden. Für außerordentliche Hilfsarbeit sind wegen der bereits geschehenen vorübergehenden Neueinstellung eines Maschinisten auf Privatvertrag 5645 M eingesetzt worden.

##### II. Sachliche Ausgaben.

Pos. 5. Die Betriebskosten für Pumpwerk II sind entsprechend den Ausgaben im Betriebsjahre 1916 von 15 000 M auf 25 000 M erhöht worden.

Die Pos. 11, Wasserverbrauch zum Spülen der Kanäle ist von 40 000 M auf 42 000 M erhöht worden, da die Vergrößerung des Kanalnetzes eine Vergrößerung des Wasserverbrauchs bedingt.

Pos. 15. Der Betrag für Dienstmützen für Aufseher ist mit Rücksicht auf die Preiserhöhung der Mützen auf 40 *M* erhöht worden.

In Pos. 16 sind die an die Deputation für das Gesundheitswesen zu erstattenden Beträge auf Ersuchen dieser Deputation auf 14 700 *M* ermäßigt worden.

Der Staatsbaurat.

J. S.:

(gez.) **Stühling.**

Sämtliche Budgets der Baudeputation, Abteilung Straßenbau, sind geprüft und geben zu Bemerkungen keine Veranlassung.

Die Baudirektion, Abteilung Tiefbau.

(gez.) **Graepel.**

Anlage 6.

### Bericht der Deputation für die Stadterweiterung.

Zu dem Haushaltsplan für 1918 ist zu bemerken:

#### I. Einnahmen:

Die Ziffer 1 ist gegen 1917 unverändert geblieben. Dagegen sind die Erträge unter Ziffer 2 von 2500 *M* auf 3000 *M* und unter 3 von 100 *M* auf 500 *M* erhöht worden. Bei Ziffer 2 ist eine höhere Einnahme von Zinsen auf gestundete Kaufpreise und bei Ziffer 3 ein Mehrertrag durch Abgabe von farbigen Plänen zu erwarten.

#### II. Ausgaben:

##### 1) Gehalte.

Die Gehalte der ruhegehaltsberechtigten und jahrgeldsberechtigten Beamten sind entsprechend den fällig werdenden Alterszulagen eingestellt. Die Erhöhung gegen das Vorjahr beträgt 2898,33 *M*. Die unbesezt gebliebenen Stellen des Städtebaumeisters, I. Vermessungsbeamten, Vermessungsbeamten, Planzeichners und Vermessungsgehilfen werden voraussichtlich erst nach Friedensschluß besezt werden. Es sind daher hierfür keine Gehaltsätze ausgeworfen. Sollte dennoch eine frühere Besezung einer oder mehrere der Stellen notwendig sein, so muß der erforderliche Betrag nachbewilligt werden. Von den beiden bisher unbesezt gebliebenen Schreiberstellen ist die eine Stelle inzwischen mit Genehmigung der Beamtenkommission dem Hilfschreiber Schierenbeck mit einem Jahresgehalt von 1850 *M* übertragen worden. Die andere Stelle bleibt bis auf weiteres unbesezt.

Der Betrag für Hilfskräfte muß mit Rücksicht auf die den Angestellten zu gewährenden Zulagen und infolge Rückkehr von zwei Angestellten aus dem Felde auf 31 000 *M* gegenüber 22 000 *M* im Vorjahre erhöht werden. Sollten im Laufe des Rechnungsjahres weitere Angestellte aus dem Militärdienste zurückkehren, so wird auch hier eine Nachbewilligung notwendig sein.

##### 2) Sachliche Ausgaben:

Ziffer 1 a, b, 3 a u. b erscheinen mit gleichem Anschlage wie im Vorjahre. Bei Ziffer 2 mußte der Betrag wegen der Erhöhung der Arbeitslöhne um 300 *M* gegen das Vorjahr höher eingestellt werden. Das Wassergeld unter 3 d ist mit Rücksicht auf eine voraussichtliche Erhöhung des Wassergeldes ebenfalls auf 75 *M* gegen 60 *M* im Vorjahre erhöht worden. Dagegen konnte der Betrag unter 2 c für Raummiete wegen Abgabe zweier weiterer Zimmer an die Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke von 14 900 *M* auf 14 500 *M* ermäßigt werden.

Die Deputation für die Stadterweiterung.

(gez.) **Wessels.** (gez.) **J. Lauts.**

## Bericht zum Haushaltsplan der Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

Anlage 7.

## Allgemeines.

Der Haushaltsplan für 1918 ist, da das Ende des Krieges auch jetzt noch nicht abzusehen ist, nach demselben Grundsatz aufgestellt, der bei der Aufstellung der Haushaltspläne für 1915, 1916 und 1917 beobachtet worden ist. Es ist danach der Einnahmeausfall in der Form abgeschätzt worden, daß die Einzelposten wie in Friedenszeiten aufgestellt, und am Schluß der bei verschiedenen Abschnitten des Krieges wegen eintretende Minderertrag, der im allgemeinen mit rd. 50 v. H. angelegt ist, besonders aufgeführt und abgezogen ist.

## Häfen und Eisenbahnen, Allgemeine Verwaltung. Zollangelegenheiten.

I. Gehalte. Schreiber. Einem zum Heeresdienste eingezogenen jahrgeldberechtigten Schreiber muß das Gehalt nach Ablauf seiner Friedensdienstzeit weitergezahlt werden. Das für seine Stelle vorgesehene Gehalt kann hierfür nicht herangezogen werden, da aus ihr zur Zeit eine Hilfskraft entlohnt wird. Für 1918 sind daher „für einen zum Heeresdienst eingezogenen gehaltsberechtigten Schreiber“ 1270 M besonders vorgesehen.

Bei den übrigen mit „unbesetzt“ bezeichneten Stellen kann ein Abzug aus Anlaß des Krieges nicht gemacht werden, da aus ihnen ebenfalls Hilfskräfte bezahlt werden.

Sodann waren unter „Schreibhilfe“ rund 1000 M mehr einzustellen, weil die im laufenden Haushalt vorgesehene Summe von 3000 M überschritten werden wird.

H. Sachliche Ausgaben. Ziff. 1. Die Mittel für Heizung reichen im laufenden Rechnungsjahre nicht aus. Statt vorgesehener 750 M werden 2400 M zu zahlen sein. Aus diesem Grunde mußte der Anschlag um rd. 1900 M erhöht werden.

## Häfen und Eisenbahnen in der Stadt,

ausschließlich des Zollausschlußgebiets, des Holz- und Fabrikenhafens,  
sowie des Industrie- und Handelshafens.

Einnahmen. Ziff. III, Weserbahnhof, erscheint mit gleichem Anschlage wie im Vorjahre. Hier ist am Schlusse des Voranschlages auch für diesmal kein Abzug aus Anlaß des Krieges gemacht, da, wie schon zu den letzten Haushaltsplänen bemerkt ist, auch an Arbeitslohn gespart wird, wenn der Betrieb nicht im gewöhnlichen Umfange zum Beginn des Rechnungsjahres wieder aufgenommen wird.

Ziff. V. 7. Für die Lösch- und Ladeanstalten an der Tiefer sind 17 000 M wie im Vorjahre veranschlagt. Auch hier ist aus demselben Grunde wie für den Weserbahnhof kein Abzug aus Anlaß des Krieges gemacht worden.

## Ausgaben. A. Eisenbahnanlagen in der Stadt.

I. 2 a. Für Ersatzbeschaffung der abgenutzten Winterschutzkleidung des Rottenführers sind 100 M vorgesehen. Der Anschlag ist daher von 1700 auf 1800 M erhöht.

II. Weserbahn und Weserbahnhof. Ziff. 2. Die Königlich Preussische Eisenbahnverwaltung, die neben dem Eisenbahnbetriebe auch die Unterhaltung der Gleise auf dem Weserbahnhof wahrzunehmen hat, veranschlagt die Kosten auf 23 940 M. Es ist nur diese Summe, ohne Hinzurechnung der jährlich an Preußen zu zahlenden Verwaltungskosten von 1150 M, eingestellt worden, weil die Anschlagsumme auch hierfür als ausreichend angesehen wird.

III. Anlagen und Lagerplätze am Bahnhof Bremen-Neustadt und auf dem Dreieck. Ziff. 2 a. Es sind 1000 M mehr eingestellt, weil die

Bohlenbeläge der eisernen Ladebühnen am Hohentorshafen teilweise stark abgenutzt sind und eine größere Ausbesserung erfordern.

Ziff. 2 c. Zur betriebs sichereren Erhaltung der Gleise sind 200 Stück Mittelschwellen erforderlich, wofür 3000 M vorgesehen sind.

Ziff. 2 d. Bei Festsetzung der Verschlebekosten sind die in der Zeit vom 1. September 1916 bis 31. August 1917 verausgabten 2890 M zuzüglich 25 v. H. für eine etwa eintretende Verkehrssteigerung zu Grunde gelegt worden, so daß statt bisher vorgesehener 4200 M nur 3600 M eingestellt sind.

IV. Anlagen und Lagerplätze an der Südwestseite des Hohentorshafens. Buchst. b. Zur betriebs sichereren Erhaltung der Gleise sind 300 Stück Mittelschwellen erforderlich; hierfür sind 4500 M vorgesehen.

Buchst. c. Nach demselben Grundsatz wie bei Ziffer III 2 d ist hier die Entschädigung für Verschlebedienste an Oldenburg auf 12 500 M veranschlagt. Für die Unterhaltung der Brücken über die Woltmershäuserstraße und die Warturmer Heerstraße sind je 100 M mehr aufzuwenden.

V. Eisenbahnbrücke über die Weser. Ziff. 2 b. Die bauliche Unterhaltung erfordert einen Mehraufwand von rd. 200 M gegenüber dem bisherigen Anschlag. Die alle fünf Jahre zu wiederholende Probebelastung der Brücke fällt in das Rechnungsjahr 1918; es sind für Untersuchung der Riete an den Überbauten, Erneuern schadhafter Riete, Ausbessern des Kofschuzanstrichs, Lokomotivmiete usw. 6 000 M zu veranschlagen.

#### B. Häfen in der Stadt.

Zu II a. Mehrere Tonnensteine müssen neu verlegt werden, wofür 500 M vorgesehen sind.

#### Zollausflußgebiet, Holz- und Fabrikenhafen, sowie Industrie- und Handelshafen.

##### Einnahmen. II. Betriebseinnahmen.

Ziff. 1. Der Anteil des Staates aus dem Betriebe der Lagerhaus-Gesellschaft ist auf 500 000 M veranschlagt; im Vorjahre waren 740 000 M eingestellt. Eingekommen sind im Jahre 1916 1 248 633,47 M. Der Grund für die verminderte Ertrags-Einschätzung ist vor allem in den erheblich gestiegenen Gehalten und Löhnen, in den wachsenden Ausgaben für Instandhaltung der Anlagen, deren weitere Steigerung noch zu erwarten ist, und in der Verminderung des Lagerguts zu suchen.

Ziff. 4 a. ist wegen Vermietung weiterer Flächen und wegen neuer Vereinbarungen bezüglich Verzinsung der Herstellungskosten des Werftgeländes der Aktien-Gesellschaft „Weser“ von 87 400 M auf 140 000 M erhöht.

Ziff. 5 a. Die Mieteinnahmen aus dem Verwaltungsgebäude am Hafen III sind jetzt für das ganze Jahr eingestellt, der Betrag ist deshalb um 4500 M heraufgesetzt.

Ziff. 6 b. Wegen Vermietung weiterer Flächen konnte dieser Betrag auf 85 600 M erhöht werden.

Ziff. 6 d und 6 f. Wegen zu erwartender geringerer Erträge aus den Verpachtungen war der Anschlag um rd. 4500 M niedriger einzusetzen.

Im übrigen sind die Einnahmen den vertraglichen Abmachungen entsprechend eingesezt.

##### Ausgaben. A. Allgemeine Verwaltung.

II. Sachliche Ausgaben. Wegen der andauernden Preissteigerungen sind rund 1000 M mehr eingestellt.

##### B. Eisenbahnbetrieb.

I. Gehalte und Löhne. Die 1914 genehmigten neuen Stellen konnten bisher noch nicht besetzt werden; sie sind deshalb wiederum wie im Vorjahre mit dem Anfangsgehalt eingesezt.

Beim Posten „Sonstiges im Tagelohn stehendes Hilfspersonal“ ist die bisherige Summe von 203 000 *M* wegen der an die Arbeiter gewährten täglichen Lohnerhöhung von 0,30 *M* um rd. 7 v. H., d. i. um rd. 14 000 *M* zu erhöhen. Da die bei der preussischen Staatsbahnverwaltung im Telegraphendienst beschäftigten Hilfsbediensteten eine tägliche Zulage von 1 *M* beziehen, ist eine Zulage in derselben Höhe auch für die beiden bei der bremischen Station im Telegraphendienst beschäftigten Hilfsbediensteten von jährlich  $2 \times 365 = 730$  *M* eingesetzt. Ferner ist die bisherige tägliche Zulage von 0,25 *M*, die an das Verschiebepersonal für Beschäftigung in der nächst höheren Dienststelle schon seit dem Jahre 1888 gewährt wurde und die bei den heutigen Verhältnissen als zu gering zu bezeichnen ist, auf 0,50 *M* erhöht. Die jährlichen Mehrkosten hierfür sind entsprechend dem Vorjahr auf etwa 100 *M* anzunehmen. Der Posten ist somit im ganzen um  $14\,000 + 730 + 100 = 14\,830$  *M* oder rd. 15 000 *M* auf 218 000 *M* erhöht.

Unter Verschiedenes sind wegen der Preissteigerung der Stoffe für die Winterschuhkleidung 2 000 *M* mehr eingesetzt, so daß hier unter Berücksichtigung einer Abrundung 25 200,01 *M* erscheinen.

Unter b Löhne sind wegen der Lohnerhöhung um 7 v. H. sowie unter Berücksichtigung einer Abrundung 128 706,67 *M* eingesetzt.

II. Sachliche Ausgaben. Wegen der allgemeinen weiteren Verteuerung der Stoffe und der Steigerung der Löhne im letzten Jahre sind einzelne Ziffern entsprechend zu erhöhen, und zwar:

Ziff. 1	von 24 000	auf 30 000	<i>M</i>
" 2	" 17 000	" 25 000	"
" 4	" 134 000	" 200 000	"

Ziff. 5 a. Da die Freigabe von Schienen, Schwellen, Laschen und Weichen aus Neumaterial im laufenden Jahre von der Rohstahl-Ausgleichsstelle nicht zu erreichen war, muß auch im Jahre 1918 damit gerechnet werden, daß nur brauchbares Altmaterial aus den Beständen der preussischen Staatsbahn zur Verfügung stehen wird.

Es sind erforderlich: 336 m Gleise, Form 6 d, mit 17 Schwellen auf 12 m Gleislänge, ferner 2 einfache und eine doppelte Kreuzungsweiche. Für diese Oberbaustoffe sind 29 440 *M* oder rd. 30 000 *M* vorgesehen.

Ferner sind nachstehende Oberbauteile für die Einzelauswechslung erforderlich, die aus Neumaterial zu beschaffen und erhältlich sind:

1)	5200 Stück	Hakenplatten . . . . .	f. d. St.	<i>M</i> 0,80	<i>M</i> 4 160,—
2)	8700	" Klemmplatten . . . . .	" " " "	0,22	" 1 914,—
3)	8200	" Hakenschrauben . . . . .	" " " "	0,24	" 1 968,—
4)	5000	" Laschenschrauben . . . . .	" " " "	0,45	" 2 250,—
5)	10 Paar	Übergangslaschen für den Übergang von Gleis Form 6 auf Schwellenschienen, f. d. Paar	<i>M</i> 48..	"	480,—
6)	30 Paar	Zungenlager für Weichen 6 d bestehend aus Drehzapfen mit Mutter, Scheibe und Splint,	f. d. Paar	<i>M</i> 30	" 900,—
7)	600	Schwellen Form 51 a . . . . .	f. d. St.	<i>M</i> 15	" 9 000,—
8)	700	cbm Bettungskies . . . . .	f. d. cbm	<i>M</i> 11	" 7 700,—
				zusammen . . .	<i>M</i> 28 372,—
				oder rd. . . . .	" 29 000,—

Einschließlich des Betrages für die laufende Unterhaltung, der von 6500 *M* auf 8000 *M* erhöht ist, sind in Ziffer B II 5 a rd. 67 000 *M* eingesetzt.

Ziffer 5 b. Der Anschlag ist von 2000 *M* auf 4000 *M* erhöht.

Der Titel B schließt demnach mit 1 219 400 *M* gegen 1 081 800 *M* des Vorjahres ab.

## C. Hafenbetrieb.

I. Gehalte und Löhne. Da die Beschaffung der Dienstkleidung für die Hafenvächter voraussichtlich auch für die nächsten Jahre praktisch unmöglich ist, wird empfohlen, den Hafenvächtern in ähnlicher Weise wie dem Hafenmeister, dem Hafeninspektor und den Hafenmeistergehilfen statt der Dienstkleidung ein Kleidergeld, und zwar in Höhe von je 100 M jährlich zu gewähren. Da 17 Hafenvächter in Frage kommen, sind 1700 M dafür in dem eingesezten Betrage von 3200 M vorsehen.

Ziffer 3 b ist unter Erhöhung des Betrages für Schutzkleidung von 100 M auf 300 M im ganzen mit 1213,33 M eingesezt.

II. Sachliche Ausgaben. Auch hier sind wegen der allgemeinen Preissteigerung für Löhne und Stoffe einzelne Ziff. entsprechend erhöht, und zwar:

Ziff. 1	von 3 800 M	auf 5 000 M,
" 2 a	" 17 700 "	" 22 000 "
" 2 b (Primus)	von 22 000 M	auf 42 000 M,
" 2 c (Möve)	" 4 000 "	" 6 000 "
" 4 a	von 13 700	auf 15 000 M,
" 4 b	" 4 800 "	" 6 000 " ; in dieser Summe sind die bisher nicht verausgabten 1500 M für Weiterführung der Steinböschung an der Weiser unterhalb der Nordmole I enthalten.
" 4 d	von 7 500 M	auf 8 000 M,
" 4 e	" 6 000 "	" 7 000 "
" 5 a	" 18 000 "	" 24 000 " ; hierin sind die bisher wegen Personenmangels nicht verausgabten 12 000 M für Dockung eines Schleusentores unter Erhöhung auf 18 000 M enthalten.

## D. Verwaltungsgebäude.

I. Gehalte. Die beiden Stellen für das Verwaltungsgebäude am Hafen III für den Hauswart und für den Heizer, die im vorigen Jahr für  $\frac{1}{2}$  Jahr eingesezt waren, sind mit dem Anfangsgehalt für das ganze Jahr eingestellt, weil sie alsbald besetzt werden sollen.

II. Sachliche Ausgaben. Wegen der allgemeinen Preissteigerung, insbesondere für Heizungsstoffe, sind auch die entsprechenden Ziff. erhöht, und zwar:

Ziff. 1	von 6 516,67 M	auf 10 000 M
" 3	" 3 500,— "	" 6 000 "
" 5	" 4 000,— "	" 6 000 "

## E. Anlagen für Feuerlöschzwecke.

Aus demselben Grunde sind auch hier einzelne Posten erhöht, und zwar:

Ziff. 1	von 9 000 M	auf 11 000 M
" 2	" 200 "	" 500 "
" 3	" 200 "	" 500 "

## G. Beleuchtungsanlagen.

Ziff. 1. Elektrische Beleuchtung ist um 2000 M zu erhöhen, da die im Vorjahre anlässlich des neuen Vertrages mit der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft angenommene Ermäßigung zu hoch geschätzt war.

## Häfen in Bremerhaven.

## Einnahmen.

Der Einnahme-Voranschlag zum Haushaltsplan für 1917 hält sich im großen und ganzen in dem Rahmen des vorjährigen. Die einzelnen Abschnitte sind wie in Friedenszeiten veranschlagt worden; es ist alsdann bei denjenigen Einnahmen, die durch die Kriegslage beeinflusst werden, der Minderertrag mit rd. 50 vom Hundert am Schlusse abgesezt worden.

Ziff. 10 ist neu aufgenommen worden, da die Mieten für die Dienstwohnungen in Bremerhaven, die bislang dem Fond „Dienstwohnungen“ überwiesen wurden, nunmehr von dem Fond „Häfen in Bremerhaven“ zu vereinnahmen sind. Die Einnahmen sind mit 11 000 M eingesezt.

#### Ausgaben. A. Allgemeine Verwaltung.

II. Sachliche Ausgaben. Ziff. 1. Die Ausgaben sind von 11 500 M auf 14 500 M erhöht worden, weil eine weitere Hilfe für die Vermittlungsstation der Fernsprechanlage zur schnellen und sicheren Übermittlung von Nachrichten der nach Bremerhaven verlegten Marinefahrzeuge eingestellt werden mußte, und um Mittel zur Gewährung von Alterszulagen für die gegen Tagelohn beschäftigten Schreiber und Telephonistinnen zur Verfügung zu haben.

Ziff. 2. Für die gewöhnlichen Ausgaben sind infolge Erhöhung der Gebühren für die verschiedenen Fernsprechverbindungen, Erhöhung der Fahrkosten und der Preise für Bureaubedarfartikel 1 000 M, ferner für die Umlegung von Grundstücken im neuen Bremerhavener Bebauungsgebiet 3 000 M, gegenüber 2 000 M im Vorjahre eingesezt. Außerdem sind als einmalige Ausgaben für ein Fahrrad als Ersatz für ein unbrauchbar gewordenes 250 M in den Voranschlag aufgenommen.

Ziff. 4. Die Feuerversicherungskosten mußten unter Zugrundelegung der jetzt bestehenden Prämiensätze und der Versicherungssumme von 27 000 M auf 32 000 M erhöht werden.

#### B. Hafenbetrieb.

I. Gehalte. Ziff. 5. Die Stelle des I. Maschinisten, im Voranschlag als unbesetzt aufgeführt, ist mit dem vollen Anfangsgehalt eingestellt, da sie infolge Ablebens des bisherigen Inhabers alsbald wieder zu besetzen ist.

Die zur Zeit unbesetzten Stellen eines Maschinen- und eines Kesselwärters sind alsbald wieder zu besetzen. Demzufolge ist bei beiden Stellen das Anfangsgehalt für ein volles Jahr eingesezt.

Ziff. 6. Eine Kranführerstelle ist mit „unbesetzt“ und mit dem vollen Anfangsgehalt der Stelle aufgeführt, da sie demnächst wieder zu besetzen ist.

Ziff. 7. Die Auszahlung der Löhne an die Handwerker, Arbeiter und Maschinenwärter usw. findet alle 14 Tage in der Arbeiterwarte Halle an der Schleusenstraße in Bremerhaven durch die Bremerhavener Kreditbank statt. Um Betriebsstörungen zu vermeiden, hebt der Aufseher Reinhardt seit längerer Zeit alle 14 Tage die Löhne für das in der Maschinenzentrale beschäftigte Personal bei der Bank ab und zahlt die einzelnen Lohnbeträge an Ort und Stelle aus, ohne dafür bis jetzt eine Entschädigung erhalten zu haben. Da diese Auszahlung jährlich etwa 81 000 M beträgt, und mit ihr eine gewisse Verantwortung verbunden ist, wird beantragt, Reinhardt eine jährliche Vergütung von 150 M hierfür zu gewähren.

II. Sachliche Ausgaben. Ziff. 2 mußte infolge Steigerung der Betriebsstoffe und der Arbeitslöhne von 4 000 M auf 5 200 M erhöht werden.

Ziff. 3 war infolge Erhöhung der Arbeitslöhne von 18 000 M auf 23 400 M zu erhöhen.

Ziff. 4 ist aus dem gleichen Grunde von 20 000 M auf 22 000 M heraufgesezt.

Ebenso war Ziffer 5 wegen stärkerer Inanspruchnahme der Kräne und Steigerung der Löhne mit 18 000 M gegenüber 12 000 M im Vorjahre zu veranschlagen.

#### C. Bauliche Unterhaltung der Hafenwerke.

I. Gehalte. Buchst. a. Bagger I. Die unbesetzten Stellen des Baggerführers und des Maschinisten sind beide mit dem vollen Anfangsgehalt eingestellt, weil sie demnächst wieder zu besetzen sind.

Bagger III. Für den Baggerführer H. Jacobs, der die Löhne an die Besatzung der Baggergeräte mit jährlich etwa 89 000 M auszahlt, wird aus

dem gleichen Grunde, wie vorstehend unter B I. 7 für den Aufseher Reinhardt beantragt ist, eine Vergütung von jährlich 150 *M* erbeten.

II. Sachliche Ausgaben. Die Ziff. 1 a, c, d waren wegen Steigerung der Arbeitslöhne um 10 000 + 1000 + 10 000 *M* zu erhöhen.

Ziff. 2 mußte von 20 000 *M* auf 25 000 *M* heraufgesetzt werden.

Ziff. 3. Die Ausgaben für die gewöhnliche Unterhaltung sind mit 15 000 *M* veranschlagt worden, gegenüber 11 500 *M* im Vorjahre. Als einmalige Ausgaben sind für Erhöhen und Verstärken des Weiserdeiches am Kaiserhafen in einer Länge von 800 m 15 600 *M* eingesetzt.

Ziff. 4. Die Kosten der gewöhnlichen Unterhaltung mußten infolge Steigerung der Arbeitslöhne und der Preise für sämtliche Baustoffe von 24 500 *M* auf 28 500 *M* erhöht werden. An einmaligen Ausgaben sind für Erneuern von 600 ldm Reibhölzern an der Weisermauer 11 700 *M* in den Voranschlag aufgenommen.

Ebenso war Ziff. 5 von 2700 *M* auf 3500 *M* zu erhöhen.

Ziff. 6. Die Ausgaben für die gewöhnliche Unterhaltung sind mit 7800 *M* veranschlagt; außerdem sind für Erneuern von 250 cbm Packwerk vor der Steinböschung am Kaiserhafen 3900 *M* eingesetzt.

Ziff. 7 war von 22 900 *M* auf 29 600 *M* heraufzusetzen.

Auch Ziff. 8 war von 31 000 *M* auf 34 500 *M* zu erhöhen.

Ziff. 11 a. Verwaltung und Unterhaltung des Gebäudes ist mit 2500 *M* veranschlagt.

b. Baugeräte, Verbrauchsgegenstände für den Baubetrieb mit Ausschluß der eigentlichen Baustoffe ist von 7000 *M* auf 7300 *M* erhöht.

c. Betriebsstoffe und Verbrauchsgegenstände für den Bagger-, Schleusen- und Brückenbetrieb, den Kranbetrieb usw. mußte wegen Steigerung der Preise für sämtliche Betriebsstoffe und Verbrauchsgegenstände von 38 000 *M* auf 50 000 *M* erhöht werden.

d. Kohlen (4 000 000 kg, für je 10 000 kg einschl. Fracht und Arbeitslohn beim Empfang und bei der Abgabe von Kohlen 400). Die Ausgaben waren wegen der außerordentlichen Steigerung der Kohlenpreise sowie der Beförderungskosten, namentlich für die auf dem Wasserwege anzubringenden Kohlen, von 100 000 *M* auf 160 000 *M* zu erhöhen.

Ziff. 12. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Hafensähre“ in Bremerhafen, die den Fährbetrieb in den Häfen führt, ist im Juni 1917 bei der Deputation um Weiterzahlung des ihr zuletzt für die Jahre 1915, 1916 und 1917 gewährten Zuschusses für zwei Fährdampfer im Betrage von je 4000 *M* = 8000 *M* vorstellig geworden. In Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft, die an Hand des vorgelegten Geschäftsberichts für das Jahr 1916/17 eingehend geprüft worden sind, sowie im Hinblick darauf, daß auch der Staat an der einstweiligen Weiterführung des Betriebes ein erhebliches Interesse hat, wird empfohlen, den bisher gewährten Zuschuß für weitere drei Jahre zu bewilligen. Es sind deshalb in den Voranschlag 8000 *M* wieder eingestellt.

#### D. Unterhaltung der Bahnhofsanlagen.

I. Sachliche Ausgaben. Ziff. 1. Die Kosten für die gewöhnliche Unterhaltung sind von dem Vorstande des Königl. Eisenbahn-Betriebs-Amtes I in Bremen mit 163 055 *M*, gegenüber 77 700 *M* im Vorjahre, aufgegeben worden. Das Betriebsamt gibt an, daß die Mehrkosten für die Unterhaltung der Bahnhofsanlagen in Bremerhaven teils durch vermehrte Unterhaltungsarbeiten, teils durch Preis erhöhungen der Baustoffe und Erhöhung der Löhne bedingt werden.

Zu dem von dem Betriebsamte veranschlagten Betrage kommen noch hinzu die jährlichen Verwaltungskosten mit rd. 5300 *M* und außerdem für Gleisanpflasterungen infolge Anhebung versackter Gleisanlagen 3000 *M*, für Unterhaltung der Bahneinfriedigungen und lebenden Hecken neben den Bahngleisen 495 *M* und für die

Unterhaltung des Deichschartes und der Bahngleisüberbrückung nördlich der Lloydhalle 500 *M*, so daß die Kosten der gewöhnlichen Unterhaltung 172 350 *M* betragen werden.

An einmaligen Ausgaben werden bremischerseits benötigt für Erneuern von 100 kdm hölzerner Bahneinfriedigung am Kaiserhafen I nördlich der Lloydhalle im Anschluß an die im Rechnungsjahre 1917 ausgeführte Teilstrecke daselbst, das kdm 18 *M* = 1800 *M*, und ferner bahnseitig:

- 1) für Erneuern des Aufenthaltsraumes für Bahnunterhaltungsarbeiter, Rangierer und Zugbegleiter nebst Geräte- und Vorratsraum auf Bahnhof Bremerhaven-Freihafen 8400 *M*,
- 2) für Herstellen eines Kabels mit 5 Telegraphen- und 5 Fernsprechdoppeladern vom Stationsgebäude Freihafen nach den Weichenstellern H und E, F, G, D, C, B, A, A I und X auf Bahnhof Freihafen zur Beseitigung der oberirdischen Leitungen vom Posten H bis X, die durch das Vorhandensein der 16 Laderampen an Gleis 8 sehr oft gestört werden, 9450 *M* und
- 3) für Aufstellen von 4 Stück 3 flammigen Graehin-Starlichtlampen Nr. 635 für Niederdruckgas mit Hebelhahn und Dauerflamme, einschl. Lieferung der Gittermasten für 8 m Lichtpunkthöhe mit vollständiger Herablaß-, Zünd- und Löschvorrichtung anstelle der niedrigen Gaslaternen auf Bahnhof Bremerhaven (Posten D—G und L—M) 4200 *M*.

Bemerkt wird hierzu, daß die unter Nr. 1 und 2 aufgeführten Neuanlagen, wofür die Mittel im Betrage von 7140 *M* und 8400 *M* im laufenden Haushaltsplane bereits bewilligt waren, wegen Knappheit der Baustoffe in diesem Rechnungsjahre nicht mehr zur Ausführung kommen werden. Die jetzt eingestellten höheren Kosten sind bedingt durch die erhöhten Preise für Baustoffe und Arbeitslöhne.

#### E. Gasbeleuchtung.

II. Sachliche Ausgaben. Ziff. 3. Infolge Steigerung der Preise für Kohlen und sonstige Betriebsstoffe mußte für 1 cbm Gas ein Einheitspreis von 11 statt bisher 9 Pfg. zu Grunde gelegt werden.

#### F. Elektrische Anlagen.

II. Sachliche Ausgaben. Ziff. 2 mußte wegen Steigerung der Preise für die Betriebsstoffe und Löhne von 25 000 *M* auf 30 000 *M* erhöht werden.

#### Hafen in Begefaß.

II. Sachliche Ausgaben. Buchst. a. Am Bollwerk an der Nordmole sind größere Ausbesserungsarbeiten auszuführen, weshalb für gewöhnliche Unterhaltungsarbeiten 560 *M* mehr eingesetzt sind.

Buchst. b. Die Kosten für die Beleuchtung des Hafens und Beschaffung der Dienstkleidung werden sich höher stellen als bisher. Es sind daher 500 *M* mehr vorgesehen.

Bremen, den 22. Dezember 1917.

Die Deputation für Häfen und Eisenbahnen.

(gez.) **Nebelthau.** (gez.) **Arug.** (gez.) **Uddiats.**

Anlage 8.

**Bericht der Baudeputation, Abteilung Hochbau.**

**Außerordentliche Ausgaben.**

**I. Bauten und Anlagen.**

- 1) Umbau der Direktormwohnung des alten Gymnasiums zu Schulzwecken und Einrichtung der Schuldienerwohnung im Hause Ostertorstraße 27..... M 36 000.

Die durch das Ableben des Direktors des alten Gymnasiums freigewordene Wohnung soll auf Antrag der Schuldeputation zu Schulzwecken umgebaut werden. Ebenfalls soll die Schuldienerwohnung im Hause Ostertorstraße 27 eingerichtet werden. Ein Projekt ist im Einvernehmen mit der Schuldeputation ausgearbeitet. Der Kostenanschlag schließt mit 36 000 M ab, die im nächstjährigen Haushaltsplan vorzusehen sind. Den erläuternden Bericht wird die Schuldeputation erstatten.

Bremen, im Dezember 1917.

Die Baudeputation, Abteilung Hochbau.

(gez.) **Hildebrand.** (gez.) **Ed. Ahelis.**